



Pressemeldung

17.02.2020

Tierschutz bei der Hamburger Bürgerschaftswahl bedenken

Anlässlich der Bürgerschaftswahl am 23. Februar formulieren der Deutsche Tierschutzbund und der Hamburger Tierschutzverein von 1841 (HTV) ihre Forderungen an das zukünftige Hamburger Parlament. Aus Sicht der Tierschützer müssen drängende tierschutzpolitische Themen, wie etwa Tierversuche, von der Bürgerschaft zukünftig verstärkt angegangen werden. Die Verbände appellieren auch an die Hamburger, den Tierschutz bei ihrer Entscheidung mit im Blick zu haben. Als Hilfestellung für tierschutzinteressierte Wählerinnen und Wähler hat der HTV deshalb auf seiner Website die tierschutzrelevanten Aussagen der Parteien, die eine Chance auf Regierungsbeteiligung haben, aus den Wahlprogrammen zusammengestellt.

„Die aktuelle Tierschutzpolitik in Hamburg ist aus unserer Sicht nicht zufriedenstellend – viele unserer Forderungen blieben in den vergangenen Jahren vom rot-grünen Senat unerfüllt“ kritisiert Sandra Gulla, 1. Vorsitzende des HTV. „Die Neuwahlen werden die politische Marschrichtung in puncto Tierschutz für die kommenden vier Jahre vorgeben, daher ist es entscheidend, dass neben anderen drängenden Themen auch der Tierschutz bei der Wahlentscheidung mitgedacht wird“, ergänzt die 2. Vorsitzende des HTV, Katharine Krause. Thomas Schröder, Präsident des Deutschen Tierschutzbundes, betont, dass die Hamburger Wahlen auch Einfluss auf das bundespolitische Geschehen haben werden: „Der Tierschutz ist föderal geregelt. Hamburg hat neben dem Bund eine gewichtige Rolle, wenn es darum geht, zentrale Tierschutzanliegen voranzubringen.“

Dringender Handlungsbedarf besteht in Hamburg zum Beispiel beim Thema Tierversuche: Allein 2018 wurden über 260.000 Tiere in Versuchen „verbraucht“. „Diese Zahl muss gesenkt werden, es braucht Alternativen zum Tierversuch. Der Widerruf der Erlaubnis zur Tierhaltung für den LPT-Standort Neugraben kann nur der erste Schritt gewesen sein“, sind sich Schröder, Gulla und Krause einig. Auch das Hamburger Hundegesetz bedarf dringend einer Überarbeitung: „Ob ein Hund gefährlich ist oder nicht, hat erwiesenermaßen nichts mit der Rasse zu tun. Rasselisten sind daher sinnfrei und gehören abgeschafft“, so die Tierschützer. Der Deutsche Tierschutzbund und der Hamburger Tierschutzverein von 1841 fordern zudem eine Katzenschutzverordnung sowie ein tierschutzgerechtes Stadttaubenmanagement. Beide Verbände setzen sich auch dafür ein, dass keine Flächen mehr an Zirkusse mit Wildtieren vergeben werden. „Den Verkauf lebender Tiere auf dem Fischmarkt und anderen Märkten und die Zurschaustellung der Dom-Ponys sind weitere Punkte, für die wir in Hamburg endlich ein Verbot brauchen – dafür machen wir uns weiterhin stark“, so Gulla.

Hinweis an die Redaktionen: Mehr Infos und die tierschutzrelevanten Aussagen der Parteien, die in Hamburg eine Chance auf Regierungsbeteiligung haben, finden Sie [hier](#).

Bundesgeschäftsstelle
Presseabteilung
In der Raste 10
53129 Bonn
Tel: 0228/60496-24
Fax: 0228/60496-41

E-Mail:
presse@tierschutzbund.de
Internet:
www.tierschutzbund.de

Gemeinnützigkeit
anerkannt

Registrierungsgericht
Amtsgericht Bonn
Registernummer
VR3836

Sparkasse KölnBonn
BLZ 370 501 98
Konto Nr. 40 444

IBAN:
DE88 3705 0198 0000 0404 44
BIC:
COLS DE 33



Deutscher Tierschutzbund e.V.
Landesverband Hamburg
Süderstraße 399
20537 Hamburg

E-Mail:
kontakt@hamburger-
tierschutzverein.de
Internet:
www.hamburger-
tierschutzverein.de

Hamburger Sparkasse
IBAN:
DE93 2005 0550 1111 2161 96
BIC:
HASPDEHHXXX